Nr. 259 1. Ausgabe — Sonntag, 22. September 1918

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 15 5 20, 15 6 36, 15 6 97. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2050. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen: Die einspaltige Nonpareillezeile kostet für Dresden und Vororte 35 Pf., für auswärts 40 Pf., die zweispaltige Reklamezeile M 1.50, mit Platzvorschrift M 2.—, für Ziffern- oder Fundfall 50 % Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresaufträgen Ermäßigung nach besonderen Sätzen. Briefgebühr 20 Pf. Auf diese Preise werden 50 % Teuerungszuschlag berechnet. Anzeigen von auswärts nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Annahme und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsere Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Anzeigen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unseren Tarifsätzen an.

Bezugspreise: Im Dresdner Bestellbezirk monatlich M 1.20, vierteljährlich M 3.60 frei Haus, durch unsere weiteren Ausgabestellen monatlich M 1.30, vierteljährlich M 3.90 frei Haus. Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr.
Bestellung in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. M 1.20, vierteljährl. M 3.60
„ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 1.45, „ „ 4.35
In Oesterreich-Ungarn:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. Kr. 2.15, vierteljährl. Kr. 6.45
„ B mit „Illustr. Neueste" „ 2.32, „ 6.96
Nach d. Auslande in Streifb. möglich. M 1.10. Einz.-Nummer 10 Pf.

Englischer und belgischer Teilangriff abgewiesen

Einspruch der französischen Sozialisten gegen Clemenceaus Rede — Neue Enthüllungen über die französisch-englische Verschwörung in Rußland — Vernichtung eines feindlichen Transportschiffes im Mittelmeer

Die Beantwortung der Friedensnote

Wie nicht anders zu erwarten war, hat die deutsche Regierung unter Betonung der dauernden Friedensbereitschaft des Vierbundes ihre Bereitschaft erklärt, an einem etwa zustande kommenden Meinungsaustausch über die Friedensfragen teilzunehmen und zugleich den aufrichtigen und ernsten Wunsch ausgesprochen, daß der Wiener Vorschlag diesmal den erhofften Widerhall finden werde. Die kurz und allgemein gehaltene Form der deutschen Antwort ist offenbar durch die bereits bekanntgewordene Ablehnung der Ententestaaten bestimmt worden. Von offiziellen Antworten liegt bisher nur die des Präsidenten Wilson vor, die sich im wesentlichen mit der bereits veröffentlichten Mitteilung Lansings deckt. Sie beschränkt sich auf den Hinweis, daß die Friedensbedingungen Wilsons bekannt seien und daß die amerikanische Regierung sich also mit keinem weiteren Konferenzvorschlag über diese Bedingungen befassen wolle. Wir haben unsre Ansicht zu diesem Punkte bereits bei der Besprechung der Rede Balfours ausgesprochen. Wilson verlangt einfach die bedingungslose Unterwerfung unter sein Programm, wovon für uns natürlich keine Rede sein kann. Die „New York Times" sprechen ja auch offen aus, man könne sicher sein, daß Amerika dabei bleiben werde, eine vollständige Uebergabe der Mittelmächte zu verlangen. Clemenceau hat mit seiner Hetzrede die

Mißstimmung der französischen Sozialisten

erregt, die mit einem Protest hervortreten:

z. Zürich, 21. September. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) „Corriere della Sera" meldet aus Paris: Clemenceau hält die Erörterungen über einen österreichisch-ungarischen Friedensschritt für abgeschlossen. Der Präsident stellt es dem Ermessen Oesterreich-Ungarns anheim, ob es auf die Rede Clemenceaus eine Erwiderung geben will. Der Ministerpräsident begibt sich mit dem Präsidenten am Sonntag in die befreiten Gebiete.

g. Genf, 21. September. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Der „Matin" schreibt, daß die sozialistische Kammerpartei in der Kammer eine Anfrage an die Regierung einbrachte über Frankreichs Antwort an Oesterreich-Ungarn. Der für Sonnabend einberufene Ausschuß für Auswärtiges wird infolge der Abreise Clemenceaus an die Front nicht zusammentreten. — Der Vollzugsausschuß der sozialistischen Kammerpartei hat nach einer Meldung des „Journal du Peuple" dem Ministerpräsidenten einen Einspruch gegen die prinzipielle Ablehnung der österreichischen Friedensanregung zugestellt. Der Einspruch ist nach einer Meldung des gleichen Blattes mit allen gegen zwei Stimmen gefaßt worden. Auch die regierungstreue Thomas-Gruppe stimmte für die Entschließung der Mehrheit.

Das Reuterbureau bereitet darauf vor, daß die Entente überhaupt nicht weiter antworten wird. Das Bureau erfährt: Da die österreichisch-ungarische Note nicht an die feindlichen Regierungen gemeinsam, sondern an jede einzelne gerichtet ist, hält man es für unwahrscheinlich, daß eine gemeinsame Antwort von seiten der Alliierten gegeben werden wird. Die Haltung der verschiedenen Ententemächte zu der österreichisch-ungarischen Note sei durch die Erklärung verantwortlicher Minister der europäischen Alliierten und durch den Präsidenten Wilson mit genügender Klarheit dargelegt worden. Nach einer weiteren Reutermeldung aus London schreiben die „Times", daß in diplomatischen Kreisen der Alliierten mit Rücksicht auf die Friedensoffensive der Mittelmächte die Frage erwogen werde, ob es nicht zweckmäßig wäre, für diplomatische Angelegenheiten eine ähnliche Einheitlichkeit zustande zu bringen, wie für die militärischen und zu diesem Zwecke eine diplomatische Zentralstelle, eine Art diplomatischen Versailles, zu errichten. Dafür wäre notwendig, eine bestimmte Friedenspolitik der Alliierten als Grundlage für die Diplomatie festzusetzen.

*

„Die Erörterung dauert fort"

× Wien, 20. September

Das „Neue Wien. Abendbl." schreibt: „Fünf Tage sind jetzt verflossen, seitdem die Note der österreichisch-ungarischen Regierung bekannt wurde. Die Entente sagt „Nein". Die diplomatische Erörterung des Friedensschlusses aber dauert fort. Sehr bezeichnend ist jedenfalls, daß immer wieder aus Paris und London die Forderung laut wird, die Mittelmächte möchten die Kriegsziele mitteilen. Dieser Wunsch ist die stärkste Bestätigung, die die Entente selbst für die Note des Grafen Burián liefert. Auch Wilson wird nicht behaupten können, daß seine 14 Punkte heute noch in voller Kraft bestünden. Gerade die strittigen Punkte in Wilsons Friedensprogramm erheischen also dringend eine unverbindliche Aussprache. Auch Gompers Einfluß konnte denn auch nicht verhindern, daß auf der Londoner Arbeiterkonferenz der Beschlußantrag eingebracht wurde, die alliierten Regierungen müßten keine bloße negative Politik befolgen, sondern gemeinsam mit den Vereinigten Staaten die eigenen Kriegsziele klarstellen." — Die „Neue Freie Presse" sagt: „Die Friedensnote ist zurückgewiesen worden; die Friedensbewegung aber läßt sich nicht so rasch zurückweisen."

Zurücknahme der Vortruppen südlich der Somme

× Großes Hauptquartier, 21. September. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz:

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Oestlich von Merkem wurde ein belgischer Teilangriff abgewiesen. Rege Erkundungstätigkeit zwischen Lys und Scarpe. Bei Abwehr englischer Bataillone, die nördlich von La Bassée vorstießen, machten wir 50 Gefangene.

Heeresgruppe Boehn

Zwischen Gouzeancourt und der Somme zeitweilig starke Artillerietätigkeit. Ein englischer Teilangriff nordwestlich von Bellicourt scheiterte vor unsern Linien. Südlich der Somme nahmen wir unsre noch weit vor der Stellung belassenen Vortruppen auf diese zurück und räumten somit auch Essigny le Grand.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz

Zwischen Vauxaillon und Jouy folgten am Abend heftigem Feuer feindliche Angriffe. Auf dem Höhenrücken westlich von Jouy faßte der Feind Fuß. Im übrigen wurde er abgewiesen.

Bei den

Heeresgruppen Gallwitz und Herzog Albrecht

keine besondere Gefechtstätigkeit.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

Wilsons „Begründung"

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

s. Basel, 21. September

„Morning Post" meldet aus New-York: Lansing kündigt eine Botschaft des Präsidenten an den Kongreß an, in der der Präsident die Ablehnung der Friedensnote Oesterreich-Ungarns begründet. — Nach der „Züricher Morgenzeitung" melden New-Yorker Blätter: Lansing benutzte von der Uebernahme bis zur Beantwortung der österreichischen Note gerade 30 Minuten. Diese rasche Erledigung stellt einen „diplomatischen Rekord" dar.

*

Neutrale Wünsche

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

z. Zürich, 21. September

Schweizerische Blätter sprechen die Hoffnung aus, daß Oesterreich-Ungarn die ablehnende Note Wilsons in der ruhigen, sachlichen Form der ersten österreichischen Note erwidern wird, um auf diese Weise den Gedankenaustausch über die Friedensmöglichkeiten in Fluß zu halten.

*

Die deutschen Bischöfe an den Papst

* Fulda, 20. September

Das deutsche Gesamtepiskopat hat beschlossen, in einer Eingabe an den Papst diesen zu bitten, den Friedensschritt der österreichischen Regierung mit seinem ganzen Einfluß zu unterstützen.

Die Londoner Sozialistenkonferenz

Die Londoner interalliierte Arbeiterkonferenz beriet am Montag, wie aus dem Haag gemeldet wird, über zwei Entschließungen, die Rußland betrafen. Die erste wurde durch die belgischen, französischen, britischen, italienischen und serbischen Abordnungen vorgeschlagen, die zweite durch die amerikanische Abordnung. Beide Entschließungen stimmen in der Sympathieäußerung für die russischen sozialistischen Arbeiterorganisationen überein. Während aber die erste die Arbeiter der alliierten Länder vor einer Intervention in Rußland warnt, drückt die zweite den Wunsch aus, daß die Regierungen der Alliierten den russischen Volksklassen auseinandersetzen müßten, die bewaffnete Intervention werde nur in der Hoffnung vorgenommen, um dem unheilversprechenden Einfluß der Mittelmächte auf die sogenannte" Bolschewiki-Regierung entgegenzuarbeiten. In der Diskussion sagte Longuet, seine Kollegen wünschten in der energischsten Weise gegen eine bewaffnete Intervention in Rußland zu protestieren. Vandervelde protestierte gegen Longuets Erklärungen und dagegen, daß jede Art von Intervention verurteilt werden müsse. Kerenskij, der aufgefordert wurde, zu sprechen, sagte, er müsse sich der Erklärung widersetzen, daß Rußland aufgehört habe, Bundesgenosse zu sein. Rußland habe nie aufgehört, Deutschland zu bekämpfen, und werde niemals den Frieden von Brest-Litowsk anerkennen. Beide Entschließungen wurden der Kommission überwiesen.

Eine Resolution über die österreichische Friedensnote besagt, die Konferenz habe die Note eingehend erwogen und sei der Ansicht, daß die alliierten Regierungen keine negative Politik einschlagen, sondern gemeinsam mit den Vereinigten Staaten mit gleicher Bestimmtheit und Klarheit ihre eigenen Kriegsziele klar darstellen sollten. Bei der Beratung über die Resolution zur österreichischen Friedensnote erklärte Gompers, daß die amerikanische Delegation nicht mit der Resolution zufrieden sei, da sie nicht glaube, daß sie bei den alliierten Regierungen Anklang finden werde. Meerheim wandte sich gegen die Stelle in der Resolution, die behauptet, daß die österreichische Note ein Versuch sei, die Habsburger Dynastie in der Doppelmonarchie zu stärken. Nach seiner Ansicht sei dies eine gefährliche Ausdrucksweise, da jeder Vorschlag der Mittelmächte von der Entente bisher mit der Behauptung beantwortet worden sei, es sei nur ein Kriegsmanöver. Vandervelde war mit der Kommission einig, daß die Aufrichtigkeit und die guten Absichten der österreichischen Regierung Zweifel verdienten. Im Hinblick auf die barsche Antwort Amerikas auf die österreichische Note hielt der französische Sozialist Albert Thomas es für gut, wenn die Ententemächte jetzt eine ergänzende Antwort an Oesterreich-Ungarn senden würden.

Die Arbeiterkonferenz hat auf Vorschlag des Vorsitzenden den Bericht über die österreichische Note ohne Abstimmung angenommen.

*

Die Intervention in Rußland

* London, 20. September

Nach einer Reutermeldung hat die interalliierte Arbeiterkonferenz heute unter Vorsitz von Bruckère (Belgien) nachstehende abgeänderte Resolution über Rußland mit großer Mehrheit angenommen: Die Konferenz ist der Meinung, daß in Uebereinstimmung mit Art. 6 von Wilsons 14 Punkten die gegenwärtige Anstrengung der interalliierten Regierungen, dem russischen Volke Beistand zu leisten, nur von dem aufrichtigen Wunsche geleitet werden darf, Freiheit und Demokratie zu erhalten, um den Frieden der Welt zu schützen, in dem wertvolle Ergebnisse der Revolution dauernd gesichert werden können.

Der angebliche Vorschlag an Belgien

Aus Le Hâvre wird amtlich gemeldet: Der belgische Minister für auswärtige Angelegenheiten teilte u. a. mit, die belgische Regierung hat auf indirektem Wege Mitteilungen erhalten, die sie über die Absichten Deutschlands hinsichtlich Belgiens aufgeklärt haben. Die belgische Regierung hat keinen formellen Vorschlag erhalten, der direkt von der Kaiserlichen Regierung ausgeht. Aus den erhaltenen Mitteilungen geht hervor, daß die Absichten Deutschlands darin bestünden, von Wilson zu fordern, daß es sich verpflichte, die Blaemenfrage in einer mit der kaiserlichen Politik übereinstimmenden Weise zu lösen. Deutschland würde auch die Amnestie für jene Bürger verlangen, die schuldig sind, die Pläne des Feindes unterstützt zu haben. Deutschland würde auf die Aufrechterhaltung der früheren Handelsverträge nach dem Kriege dringen, die infolge der Zerstörung der belgischen Industrie durch die Eroberer die deutsche wirtschaftliche Vorherrschaft sicherstellen würden. Deutschland würde tatsächlich darauf bestehen, das Schicksal Belgiens an die Lösung kolonialer Fragen zu knüpfen. Im Gegensatz zu den von der Presse verbreiteten Nachrichten erwähnen die bei der belgischen Regierung eingetroffenen Mitteilungen weder eine eventuelle Einstellung der Feindseligkeiten zwischen Belgien und Deutschland, noch eine Räumung des belgischen Gebietes. Die belgische Regierung hat ihr Programm in ihrer Note an den Papst vom 21. Dezember 1917 veröffentlicht und wird unabänderlich daran festhalten. — Hierzu erfährt WTB., zutreffend sei an der obigen Darstellung nur, daß die belgische Regierung von der deutschen keinen formellen Vorschlag erhalten hat.

*

Belgische Forderungen

* Bern, 21. September

Beachtung verdient ein Artikel, den Octave Maus, der Propagandist der belgischen Regierung in der Schweiz, in der „Gazette de Lausanne" veröffentlicht und der dem König der Belgier sehr nahestehen soll. Maus stellt zunächst folgende Forderungen auf: völlige Wiederherstellung des kontinentalen und kolonialen belgischen Gebietes, bedingungslose, uneingeschränkte Wiederaufrichtung der Unabhängigkeit. Wiederherstellung der erlittenen Schäden. Garantien gegen Wiederholungen. Wenn Deutschland dieses Programm ausdrücklich annehmen würde, so würde das sowohl einen Akt elementarer Gerechtigkeit wie auch einen politischen Akt darstellen, der gewiß den Friedensschluß beschleunigen würde. Des weiteren setzt sich Maus mit den verschiedenen Aussprüchen Hertlings und Kühlmanns auseinander und stellt die Frage nach den Garantien, die Deutschland immer und immer wieder für die wirkliche Unabhängigkeit Belgiens verlangt habe. Er glaubt, die Antwort in den Memoiren Gerards gefunden zu haben, und kommt deshalb zu dem Schluß, daß man sich nicht von trügerischen Hoffnungen verleiten lassen dürfe,

Die Haltung der Mehrheitssozialisten

(Privattelegramm)

+ Berlin, 21. September

Das Vorstandsmitglied der holländisch-skandinavischen sozialistischen Friedenskonferenz, Troelstra, hatte am Freitag der vergangenen Woche in Frankfurt am Main eine Unterredung mit dem Abg. Ebert, dem Vorsitzenden der sozialdemokratischen Partei. Troelstra richtete an Ebert eine Reihe von Fragen, auf die dieser folgende, nunmehr auch von der deutschen Parteileitung gebilligte Antworten erteilte. Ebert sagte:

„Es ist anzunehmen, daß die Beratungen des preußischen Herrenhauses in der nächsten Woche zu Ende gehen. Wenn diese Beratungen, wie ich annehme, nicht zum gleichen Wahlrecht führen und die Regierung darauf den preußischen Landtag nicht auflöst, so werden wir in die schärfste Opposition eintreten. Wegen Brest-Litowsk verweise ich auf die Erklärungen Scheidemanns, die in dem Bericht über die Konferenz mit Troelstra im Haag niedergelegt sind. Von einem bedingungslosen Festhalten an unserm Stockholmer Memorandum kann keine Rede sein. Ich habe bereits im „Vorwärts" erklärt, daß wir bereit sind, auf einer internationalen Konferenz uns auf den Boden des neutralen Memorandums des holländisch-skandinavischen Komitees zu stellen, d. h., daß wir mit Ausnahme der belgischen und der elsaß-lothringischen Frage das Memorandum zu dem unsrigen machen. In der belgischen Frage besteht zwischen uns und dem neutralen Memorandum eine Meinungsverschiedenheit wegen des Schadenersatzes. Das ist jedoch eine Frage, die man auf mündlichem Wege zu erledigen suchen muß. Unsern Standpunkt in der elsaß-lothringischen Frage müssen wir aufrechterhalten. Aber es ist selbstverständlich, daß wir bereit sind, unsern Standpunkt bei den Erörterungen näher zu begründen."

Troelstra veröffentlicht diese Antworten in holländischen Blättern und verweist auf die Erklärungen Eberts, daß der Ostfrieden und der Frieden von Bukarest für die Sozialisten nicht unabänderlich sei und führt u. a. hinzu: „Die große Bedeutung in der Erklärung Eberts liegt in der Tatsache, daß die deutsche sozialdemokratische Mehrheit die Lösung des holländisch-skandinavischen Komitees annimmt. Wegen Belgiens ist ein Vergleich des deutschen mit dem neutralen Stockholmer Memorandum notwendig. Das deutsche Memorandum knüpft die Anerkennung der Unabhängigkeit Belgiens an eine Bedingung, die stets als eine Beschränkung der Freiheit Belgiens auf internationalem Gebiete aufgefaßt wird. Das Stockholmer Memorandum will von keinerlei einzelnen Bedingungen etwas wissen. Die Erklärung der deutschen Partei, die nur in der Schadenersatzfrage von dem neutralen Programm abweicht, ist mithin ein großer Schritt nach vorwärts." Troelstra erklärt zum Schluß, daß damit eine breite Grundlage für die sozialistischen Friedensunterhandlungen gelegt sei.

Fortsetzung der Mehrheitsbesprechungen

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

Kg. Berlin, 21. September

Wie wir aus parlamentarischer Quelle erfahren, werden die Beratungen der Mehrheitsparteien über die innerpolitische Lage und über die Frage einer Parlamentarisierung der Reichsregierung auch in nächster Woche fortgesetzt werden. Es besteht die Absicht, diese Besprechungen bis zur endgültigen Klärung der ganzen innerpolitischen Lage in Permanenz zu erklären.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers, Herr v. Payer, der einen Teil seines Urlaubs in Stuttgart verbracht hat, ist unerwartet rasch wieder nach Berlin abberufen worden. Er ist Mittwoch abend in Stuttgart abgereist und wieder in Berlin eingetroffen.

*

Allerlei Krisengerüchte

In einem Teil der Zeitungen bilden die Krisengerüchte neuerdings den Hauptstoff. Es wird die Frage erwogen, ob die weitere Parlamentarisierung der Regierung nicht jetzt energisch in Angriff genommen werden müsse. Außer den Blättern der Sozialdemokratie und des Freisinns beteiligen sich auch nationalliberale Organe sehr eifrig an diesen Erörterungen. Der nationalliberale Abg. Legationsrat Frhr. v. Richthofen hat jüngst in einer Rede dem Reichskanzler Grafen Hertling offenen Kampf angesagt und ausgesprochen, daß er auf den Kanzlersturz hinarbeite. Auch ist in der nationalliberalen Reichstagsfraktion ein lebhafter Meinungsaustausch darüber abgehalten worden, ob sich die nationalliberale Partei wieder an den interfraktionellen Besprechungen der Mehrheitsparteien beteiligen solle. Die Mehrheitsparteien haben hierbei zur Bedingung gemacht, daß die Nationalliberalen sich vorbehaltlos auf den Standpunkt der Reichstagsentschließung vom 19. Juli vorigen Jahres stellen. Am weitesten geht bisher eine Meldung des nationalliberalen „Leipziger Tageblatts", die aus Berlin berichtete, die Regierungskrise trete immer mehr in ein entscheidendes Stadium. Die Mehrheitsparteien seien auf Grund der letzten Ereignisse nunmehr fest entschlossen, unverzüglich zur Bildung einer parlamentarischen Regierung zu schreiten, die in voller Unabhängigkeit vom Großen Hauptquartier die Politik führe, die

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-1918092201/1